

**Rede
von**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 11

Abschließende Beratung

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und
anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/154

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1839

während der Plenarsitzung vom 23.10.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Da wünscht man sich zum Geburtstag, dass man zu den Straßenausbaubeiträgen reden darf, und das geht damit einher, dass das nur jemand machen kann, der nicht bei Facebook ist, also so jemand wie ich, der aus der Zeit gefallen ist, weil er sich dann nicht das antun muss, was der Kollege Bernd Lynack mit sich machen lassen musste, der nämlich feststellen musste, dass die sachliche Debatte, die wir hier im Landtag, auch im Ausschuss, hatten, in den Netzwerken sehr grenzgängig wurde. Wir haben heute Morgen dazu schon etwas gehört. Deshalb will ich es deutlich sagen: Ich finde es angenehm, dass wir hier in der Beratung im Ausschuss mit dem Ministerium, auch mit den Bürgerinitiativen vernünftige Grundlagen einer Debatte hatten.

Zu einer Debatte gehört, dass man ganz genau weiß, dass es unterschiedliche Positionierungen gibt, und in diesem Fall gehört dazu, dass man sehr wohl respektiert, dass man der Meinung sein kann, dass diese Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden können. Ich weise aber darauf hin: Wer so energisch für die Konnexität gekämpft hat, der muss sich auch damit auseinandersetzen. Das bedeutet, dass man davon ausgehen muss, dass die Konnexität zieht, und zwar auch bei Gemeinden und Städten, die die Straßenausbaubeiträge jetzt gerne wieder einführen würden und daraus Ansprüche erheben. Die Bayern haben sehr deutlich zu spüren gekriegt, dass diese Umverteilung im Prinzip nicht funktioniert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir über den Ausbau von Straßen reden, dann reden wir ja davon, dass sie mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Wir reden und streiten im Moment darüber, mit welchen Geldern das bestritten wird. Ich weise ganz deutlich daraufhin: Es gibt Gemeinden und Städte, die Straßenausbaubeiträge erheben, und es ist ganz friedlich dort. In meiner Heimatstadt haben wir diese Straßenausbau-beiträge eingeführt, weil es überbordende Forderungen nach Straßenausbau gab. Die Einführung der Beiträge hat die gute Wirkung gehabt, dass die Forderungen erheblich weniger geworden, und es hat die gute

Begleitsituation gegeben, dass jede Straße, die jetzt ausgebaut wird, in einer engen Bürgerbeteiligung geplant wird und dass die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
warum gibt es denn bei den Freien Demokraten und bei der AfD so ein Misstrauen gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung? Es ist doch gut, dass wir den Kommunen das Handwerkzeug geben, damit sie entscheiden können - das gilt übrigens auch für die Tourismusabgabe -, ob sie Abgaben oder Beiträge einführen oder nicht einführen. Wir haben ihnen jetzt noch mehr Instrumente gegeben. Sie können noch viel mehr auswählen. Sie können damit sozial gerechter umbauen.

Meine Damen und Herren,
das sind doch gute Möglichkeiten. Es ist doch gut so, wenn wir im Wettbewerb sind. Sie sind doch eine Partei des Wettbewerbs! Warum sollen denn Kommunen nicht im Wettbewerb miteinander stehen? Dann kann sich doch jeder entscheiden, wo er seinen Wohnort nimmt?

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass immer vor Ort die besten Entscheider sind. Die Basisentscheidung ist immer genau die richtige.

Davon aber einmal abgesehen. Selbst bei den Grundsteuern besteht ein Wettbewerb. Wenn man natürlich erst einmal irgendwo wohnt, dann ist es reichlich schwierig. Aber man guckt, wenn man mehr Leute an sich ziehen will, schon, wie damit umgegangen wird. Deshalb sage ich Ihnen ganz offen: Ich habe viele Fälle gesehen, bei denen ich die Stirn gerunzelt habe, wie solche Ausbaubeiträge angewendet werden. Ich finde, wir sollten den Kommunen diese Freiheit lassen, sowohl die Tourismusabgabe als auch die Straßenausbaubeiträge auszusuchen.

Wir haben den Instrumentenkasten gut gemacht. Deshalb ist das ein gutes Gesetz. Ich denke, wir werden das Gesetz hier heute mit breiter Mehrheit verabschieden.